



Bundesfachausschuss Bildung | Protokoll

 Dienstag, 23. Februar 2021
11:00 - 14:00 Uhr

 Videokonferenz

 **Anwesend**
Prof. Ulrich Rademacher (Vorsitz), Prof. Christian Höppner, Corinna Danzer, Susann Eichstädt, Prof. Dr. Susanne Fontaine, Prof. Dr. Daniel Mark Eberhard, Prof. Gerald Fauth, Mario Müller, Michael Nassauer, Prof. Dr. Ortwin Nimczik, Matthias Pannes, René Schuh, Edmund Wächter

Entschuldigt
Prof. Dr. Eckart Lange

Gast
Prof. Dr. Susanne Rode-Breymann

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Rademacher begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss
Einstimmig Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss
Einstimmig Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 3 Berichte der Mitglieder des Bundesfachausschusses

Die Mitglieder berichten von aktuellen Tätigkeitsschwerpunkten in ihren Verbänden: Eberhard und Nimczik informieren über die Kampagne „Musiklehrer*in werden – eine Perspektive für Musikbegeisterte!“ des Bundesverbands Musikunterricht (BMU). In diesem Zusammenhang würden beispielsweise Informationen für interessierte Schüler/innen

zusammengestellt, Diskussionsrunden mit Studierenden und Lehrenden veranstaltet und Musikmentorenprogramme beworben. Die Kampagne verstehe sich auch als solidarische Aktion mit den Aktivitäten des DMR in Bezug auf den Musiklehrkräftemangel. Eberhard regt an, die Kampagne im DMR Newsletter vorzustellen. Er weist zudem auf die demnächst anstehende Jahrestagung der Konferenz „Musikpädagogik an wissenschaftlichen Hochschulen“ hin, auf der die Frage nach den Eignungsprüfungen im Jahr 2021 und den folgenden Jahren thematisiert werde.

Rademacher informiert über die Bestrebungen von Prof. Rico Gubler, die künstlerisch-pädagogischen Studiengänge zu stärken. Gubler habe diesbezüglich eine „Roadmap“ entwickelt, die demnächst im Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales besprochen werden solle, danach auch im Bundesfachausschuss Bildung.

Wächter berichtet von Initiativen in Bayern in Bezug auf die Musikpädagogik. Dort habe man u.a. erreichen können, dass die gleichen Corona-Regelungen für öffentliche Musikschulen, private Musikschulen und Freiberufliche gelten. Pannes informiert darüber, dass sich derzeit der Verband deutscher Musikschulen mit anderen Spitzenverbänden zum Thema Digitalisierungsstrategie abstimme und ein Positionspapier erarbeite, das u.a. die Bereiche Investition, Betrieb und Nachhaltigkeit umfasse. Es sei wünschenswert, dass auch der DMR seine Position in Bezug auf die Digitalisierungsstrategie deutlich mache und man sich zu diesem Thema austausche.

TOP 4 Corona

DMR Corona-Studie

Höppner informiert über den aktuellen Stand der DMR Corona-Studie, die derzeit vom Zentrum für Kulturforschung durchgeführt werde. Etwa 2700 Personen hätten sich bisher beteiligt, zudem würden in qualitativen Interviews 40 Personen befragt. Die Veröffentlichung der Studie im Rahmen einer Pressekonferenz sei für April 2021 geplant. Mit Hilfe der Studie solle der Blick nicht nur auf das Hier und Jetzt gelenkt werden, sondern auch auf die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf das Musikleben. Probleme wie der eingeschränkte Betrieb von Orchesterakademien und der Mangel an Lehrkräften in Musikschulen und Schulen würden perspektivisch einhergehen mit drohenden Kürzungen in den Haushalten. Auf diese starken strukturellen Veränderungen und eine potenzielle Verarmung der Kulturellen Vielfalt müsse man den Blick lenken.

Öffnungsstrategien

Rademacher schlägt vor, in Bezug auf aktuelle Öffnungsperspektiven eine Beschlussempfehlung zu erarbeiten. Darin solle gefordert werden, dass zeitgleich mit der Öffnung von Kitas und Schulen auch die außerschulischen Bildungsbereiche wieder geöffnet werden sollten. Der Ausschuss diskutiert kurz über die Frage, wie differenziert man in

diesem Kontext Forderungen stellen sollte. Höppner schlägt vor, dem Präsidium für seine kommende Sitzung die folgende Beschlussempfehlung vorzulegen und in der Erläuterung auch die freiberuflichen Lehrkräfte mit in die Forderung einzubeziehen. Der Ausschuss stimmt darüber ab.

Beschluss Einstimmig	Folgende Beschlussempfehlung wird dem Präsidium übermittelt: „Der Deutsche Musikrat fordert, ausgehend vom Stufenplan der Kulturministerkonferenz, dass außerschulische Bildungsangebote von Kultureinrichtungen sowie Musik- und Kunstschulen zeitgleich mit Schulen und Kitas wieder geöffnet werden.“
-------------------------	--

Perspektiven und Forderungen

Der Ausschuss tauscht sich kurz zum Thema Selbstverpflichtung der Länder aus und überlegt, wie er sich als Verstärker einbringen könne. Höppner betont, dass bei diesem Thema nun mehr Druck aus der kommunalen Ebene kommen müsse und jedes Mitglied des Bundesfachausschusses in seinem Wirkungsbereich auf die Dramatik der finanziellen Situation aufmerksam machen sollte, etwa in Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern sowie Kolleginnen und Kollegen. Das Thema werde auch die Finanzierung beispielsweise von Musikhochschulen betreffen und müsse von den Verbänden auf Kommunalebene verstärkt kommunikativ bespielt werden.

Der Ausschuss diskutiert kurz über die Gefahr, dass Musiker/innen in Folge der Pandemie einen Berufswechsel anstreben, Musikberufe derzeit einen Imageschaden erleiden würden und die Gelder für den Musikbereich perspektivisch stark gekürzt werden könnten. Nassauer berichtet in diesem Kontext, dass etwa aus der Amateurblassenszene Nachwuchsorgen geäußert würden, da Kinder nicht mehr angelernt würden und mit den Ensembles „mitwachsen“ könnten. Höppner weist darauf hin, dass das DMR zu solchen Fragen des Nachwuchses in der Amateurmusik auch in engem Gespräch mit dem Bundesmusikverband Chor & Orchester stehe.

Pannes merkt an, dass die Wirkungsdimensionen etwa von Musikunterricht in den Schulen betont werden müssten, diese Perspektive habe eine entscheidende politische Argumentationskraft. Höppner schlägt vor, das Thema „Wertigkeit der Fächer in der allgemeinbildenden Schule“ in der nächsten Sitzung als einen Hauptberatungspunkt zu behandeln. Ggf. könne man zu diesem TOP Andreas Schleicher von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einladen. Der Ausschuss stimmt zu.

TOP 5 Musikalische Bildung in Deutschland

#MehrMusikInDerSchule

Höppner berichtet, dass die Initiative #MehrMusikInDerSchule zwei Mal durch die Corona-Lockdowns ausgebremst worden sei, sie habe aber dennoch ein großes mediales Echo erfahren. Bei den Landesmusikräten habe man einen hohen Aktivierungsgrad für das Thema erreichen können: Diese seien mit länderspezifischen Forderungen an ihre Landesregierungen herangetreten. Das Bundesforderungspapier sei mittlerweile vom Generalsekretariat breit gestreut worden und u.a. an die Kultusministerkonferenz und den Landkreistag versendet worden. Auch auf der Mitgliederversammlung im Oktober habe man sich im „6. Berliner Appell“ zum Thema Lehrkräftemangel positioniert. Die Corona-Situation habe die Problemlage im Musikunterricht verschärft, da u.a. das Singen derzeit stigmatisiert sei; die Initiative für #MehrMusikInDerSchule sei aber sehr lebendig.

Positionspapier der Föderation musikpädagogischer Verbände

Rademacher und Nimczik, der seit November 2020 Vorsitzender der Föderation musikpädagogischer Verbände ist, erläutern kurz den Kontext und Inhalt des im Vorfeld der Sitzung versendeten „Positionspapiers der Föderation musikpädagogischer Verbände“. Das Papier sei 2016 auf Initiative des BMU entstanden und verfolge die Ziele, die Mitglieder der Föderation im großen Spielfeld der Musikpädagogik besser zu verorten und ein Gesamtkonzept für die musikalische Bildung in Deutschland zu entwerfen. Darauf aufbauend sollten zudem konkrete Forderungen erarbeitet werden, etwa in Bezug auf drohende Schließungen von musikpädagogischen Instituten oder die Abschaffung von Professuren. In der Föderation seien derzeit neun reguläre, zum Teil auch sehr kleine Mitglieder vertreten. Aus Sicht der Föderation sei es sehr wünschenswert, dass der Bundesfachausschuss Bildung des DMR sich solidarisch hinter die Forderungen des Papiers stelle und diese mit vertrete.

Höppner gratuliert Nimczik zu seinem neuen Amt und dem umfassenden Papier. Er äußert allerdings Zweifel am Vorgang, dass ein Bundesfachausschuss als Beratungsgremium des Präsidiums diesem empfehlen könne, sich zu einem externen Papier zu äußern, auch wenn man inhaltlich hier Übereinstimmungen verzeichne. Pannes betont, dass die Forderungen nicht spezifisch für einen Verband seien, sondern für das gesamte Feld der Musikpädagogik.

Eichstädt merkt an, dass man derzeit das Thema Musikpädagogik wegen Corona nur bedingt politisch platzieren könne. Pannes regt an, das Thema im Herbst als zentrales Thema im Rahmen der DMR Mitgliederversammlung zu behandeln. Eichstädt führt aus, dass aufgrund der erneuten Verschiebung des Kirchenmusikkongresses ein neuer thematischer Aufhänger benötigt werde, ggf. könne sich hierfür das Thema „Musikunterricht 2.0“ anbieten. Der Ausschuss diskutiert über die Möglichkeit, dies auch als Erweiterung der Kampagne #MehrMusikInDerSchule zu nutzen, indem nach dem schulischen Bildungsangebot bei einem neuen Themenschwerpunkt nun schwerpunktmäßig der außerschulische Bildungsbereich im

Fokus stehen könnte. Der Ausschuss verständigt sich darauf, dem Präsidium eine entsprechende Schwerpunktsetzung für die Mitgliederversammlung 2021 vorzuschlagen.

TOP 6

Musikhochschulen in der Corona-Zeit

Aktuelle Lage

Rademacher begrüßt Prof. Dr. Susanne Rode-Breyman, die Vorsitzende der Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen, als Gast in der Sitzung. Rode-Breyman berichtet über den Stand der Dinge in der Rektorenkonferenz. Obwohl in jeder Krise auch eine Chance liege, verdichte sich die Problemlage im Musikhochschulbereich mittlerweile enorm. Insbesondere die psychischen Belastungen für Studierende hätten stark zugenommen und die Qualität des Musikstudiums sei derzeit nicht mehr gewährleistet. Mit dem baldigen Beginn des dritten Corona-Semesters müsse man nun politisch einfordern, dass die Musikhochschulen ihre Arbeit machen dürften, so wie dies zeitweilig bis November 2020 möglich gewesen sei. Es gebe mittlerweile gute Hygienekonzepte, Selbsttests und andere Maßnahmen. Insbesondere das Ensemblespiel müsse man nun unter Corona-Bedingungen wieder ermöglichen. Studierende an den Musikhochschulen bräuchten jetzt eine Perspektive und die Gesellschaft sei in der Pflicht, ihnen ein angemessenes Studium zu ermöglichen, andernfalls werde es künftig eine große „Delle“ bei den Absolventinnen und Absolventen der Corona-Zeit geben.

Fauth äußert seine Sorge, dass es künftig keine 24 staatlichen Musikhochschulen mehr geben werde, wenn sich die Situation jetzt nicht verbessere. Es gebe mittlerweile einen großen internationalen Wettkampf der Ausbildungsinstitutionen um die besten Studierendenbewerbungen. Deutschland als Kulturexportland müsse sich hier behaupten.

Perspektiven und Forderungen

Höppner bekräftigt, dass man zeitnah mit der Forderung an die Öffentlichkeit gehen müsse, die Hochschulen wieder in die Lage zu versetzen, auszubilden. Kultur- und Bildungsorte gehörten derzeit dank guter Hygienekonzepte mit zu den sichersten Orten und müssten entsprechend in der Priorisierung bei Öffnungen nach vorne rutschen. Er schlägt eine gemeinsame Kommunikation, etwa über eine Pressemitteilung von DMR und Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen, vor. Rode-Breyman stimmt zu und skizziert mögliche Inhalte für eine gemeinsame PM, darunter die große Bedeutung von Auftritten auf einer Bühne mit oder ohne Publikum für Musikstudierende und den Aspekt der Verantwortung für eine Ausbildung, die derzeit stark gefährdet sei.

Fontaine merkt an, dass der Anstieg von Depressionen der Studierenden als Faktor in der politischen Diskussion nicht gut akzeptiert werde. Man müsse herausarbeiten, warum für Musikstudierende Anderes gelten solle als für sonstige Studierende. Hier könne der Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen, nach Dieter Grimm, eine

Argumentationsgrundlage liefern. In der Kultur verständige sich demnach eine Gesellschaft über sich selbst und handle Prozesse aus.

Auf Nachfrage von Pannes, wie die Hochschulrektorenkonferenz sich derzeit in Bezug auf Öffnungen positioniere, erläutert Rode-Breymann, dass die Konferenz sich sehr intensiv mit Fragen der Digitalisierung befasse. Die Universitäten hätten mehrheitlich wenig Interesse, wieder in Präsenz zu kommen, da digitales Studieren angesagt sei und Deutschland in diesem Feld ohnehin Nachholbedarf habe.

Höppner schlägt vor, für die Bundesebene eine gemeinsame Kommunikationsstrategie aufzusetzen und immer wieder zu verstetigen, um bessere Erfolge als bisher für die Musikhochschulen zu erzielen. Rode-Breymann betont, dieses Thema werde die Gesellschaft auch über 2021 hinaus begleiten. Jetzt müsse man trittfeste Konzepte für eine Zukunft mit Kultur erarbeiten. Höppner und Rode-Breymann vereinbaren, über das weitere Vorgehen in Kontakt zu bleiben.

TOP 7

Status der Akteure in der schulergänzenden künstlerisch-musikalischen Bildung

Wächter berichtet über den problematischen Status der Akteure, die in der schulergänzenden Bildung tätig seien. Im Zuge der Corona-Maßnahmen sei dieser Bereich oft mit Feldern wie Spaßbädern oder Pferdesport gleich gesetzt worden. Es habe sich als Problem erwiesen, auch in Bezug auf ausbleibende Förderungen, dass diese Berufe nicht richtig einzuordnen seien. Die Akteure in diesem Bereich erfüllten aber einen wesentlichen Bildungsauftrag, den die allgemein bildenden Schulen nicht wahrnehmen würden, von dem diese jedoch profitierten. Auch für die Vorbereitung beispielsweise von Aufnahmeprüfungen seien die Akteure in der schulergänzenden künstlerisch-musikalischen Bildung wesentlich. Wächter betont, dass man daher in diesem Kontext lieber von „schulergänzender“ als von „außerschulischer“ Bildung sprechen solle. Wächter skizziert Forderungen für dieses Feld: Möglicherweise könne man einen Artikel im Grundgesetz zur Förderung der musikalischen Bildung fordern, ähnlich wie es ihn in der Schweiz bereits gebe.

Müller betont, dass man zunächst Konsens brauche, um politisch etwas zu bewegen. Derzeit gebe es keine einheitliche Linie im Bereich der schulergänzenden Bildung, sondern es herrschten Grabenkämpfe. Soloselbstständige in diesem Bereich müssten sich besser organisieren und sich die Verbände ggf. der branchenübergreifenden Bundesarbeitsgemeinschaft der Selbstständigenverbände anschließen, um einheitlich Druck zu erzeugen.

Rademacher schlägt vor, auch die Fortschritte explizit anerkennen, die die Gesellschaft in diesem Feld derzeit mache. Statt sich vorwiegend zu beklagen, solle man lieber Wirkungserfolge beschreiben. Auch Müller stimmt zu, dass konstruktive Vorschläge für die Zukunft wichtig seien. Eberhard ergänzt, dass man künftig die Hochschulabsolventinnen und -absolventen besser auf eine Selbstständigkeit vorbereiten müsse. Hier seien die

Hochschulen gefordert, mehr z.B. zum Thema Selbstmanagement und andere organisatorische und kaufmännische Grundkenntnisse zu vermitteln. Dies sei nicht nur Aufgabe der Kulturmanagements-Studiengänge, sondern aller Studiengänge, die auf entsprechende selbstständig auszuübende Berufe vorbereiten.

TOP 8 Verschiedenes

Eichstädt schlägt vor, eine Sondersitzung Ende März abzuhalten, um gemeinschaftlich auf Basis von ersten Ergebnissen der DMR Corona-Studie Handlungsfelder und Forderungen zu erarbeiten. Der Ausschuss stimmt zu.

Berlin, 19. Mai 2021



Prof. Ulrich Rademacher
Sitzungsleitung



Dr. Anna Vogt
Protokollführung